

Michael Däumer	Außenstelle Madrid
----------------	-----------------------



20. November 2006

Kataloniens Wahlsieger ist der Wahlverlierer

Liberalkonservatives Bündnis CiU geht wieder in die Opposition

„Alles wie gehabt.“ So lautet das Ergebnis der vorgezogenen Regionalwahlen in Katalonien bereits wenige Tage nach der Auszählung der Stimmen am Allerheiligenfeiertag. Die liberalkonservative *Convergència i Unió* (CiU) ging abermals als stärkste Fraktion aus den Wahlen hervor, aber die „Tripartido“-Regierung von Sozialisten, Linksnationalisten und Grünen stellt erneut die Regierung; dieses Mal jedoch unter einem neuen Regionalpräsidenten: José Montilla, der unter Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero Industrieminister war und seinen Regierungsposten aufgegeben hatte, um Spitzenkandidat der katalanischen Sozialisten (PSC) zu werden.

Insgesamt konnte die CiU 48 Sitze (31,52%) gewinnen und damit ihren Vorsprung um zwei Sitze ausbauen, gefolgt von der PSC mit 37 Sitzen (26,81%), die fünf Sitze verlor. Die linksnationalistische ERC wird mit 21 Sitzen (14,06%) einziehen, zwei weniger als in der Wahl von vor drei Jahren. Die Volkspartei (PP) errang 14 Sitze (10,64%) und verlor überraschenderweise nur einen Sitz. Die Grünen (ICV) errangen 12 Sitze (9,56%) und gewannen drei Sitze hinzu. Die neu gegründete Partei *Ciutadans de Catalunya* (Bürger von Katalonien), die als antinationalistische katalanische Partei in den Wahlkampf gezogen war, errang auf Anhieb mit 3,04 Prozent der Stimmen insgesamt drei Sitze im Regionalparlament in Barcelona.

Offensichtlich hatte sich Montilla bereits vor der Wahl für eine Neuauflage der „Dreiparteienkoalition“ entschlossen, denn nur wenige Tage nach der Wahl verkündete der eigentliche Wahlverlierer, er werde nicht mit der CiU eine Koalition bilden. Er wolle mit ERC und ICV eine neue, stabile Regierung aufstellen, die im Gegensatz zur ersten „Tripartido“-Koalition nicht die Fehler begehen wolle, die die Präsidentschaft von Maragall zum Sturz gebracht hätten. Montilla verkündete zudem, dass ERC-Chef Josep Lluís Carod-Rovira zum stellvertretenden Regionalpräsidenten ernannt werden solle. Dieser soll sich gleichzeitig auch um die „Außenbeziehungen“ Kataloniens kümmern. Am 24. November wird Montilla am Tag nach seiner Wahl zum neuen Regionalpräsidenten voraussichtlich sein neues Kabinett vorstellen. Das neue Regionalparlament konstituierte sich am 17. November und wählte mit den Stimmen der Dreierkoalition den 47-jährigen ERC-Abgeordneten Ernest Benach i Pascual erneut zu seinem Präsidenten. Damit wurde die ehemalige Tradition, den Posten des Parlamentspräsidenten der größten Fraktion zu überlassen, ein weiteres Mal gebrochen.

Die Kandidatin der CiU, Núria de Gispert, konnte lediglich die 48 Stimmen ihrer eigenen Fraktion auf sich vereinigen.

Das Wahlergebnis im Einzelnen

Rund 5,3 Millionen Katalanen waren an die Wahlurnen gerufen, um die Zusammensetzung ihres neuen Parlaments zu bestimmen. Insgesamt haben 56,77% der katalanischen Wahlberechtigten von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht, das ist ein Rückgang im Vergleich zur letzten Regionalwahl im Jahr 2003 um knapp 6 Prozentpunkte (62,54%). Dabei handelt es sich um die zweitniedrigste Beteiligung der Katalanen an ihrer Regionalwahl, nur im Jahr 1992 machten mit 54,87% weniger Bürger ihr Kreuz.

Bei der Regionalwahl in Katalonien wurden 135 Mandate im dortigen Parlament vergeben. Damit liegt die absolute Mehrheit bei 68 Sitzen. Nach der Sitzverteilung im Parlament konnte die CiU 48 Sitze (31,52%) gewinnen und damit ihren Vorsprung ausbauen, gefolgt von der PSC mit 37 Sitzen (26,81%). Die linksnationalistische ERC wird mit 21 Sitzen (14,06%) einziehen, die Volkspartei (PP) mit 14 Sitzen (10,64%) und die ICV erringt 12 Sitze (9,56%). Als Überraschung gilt der Einzug der Parteinengründung *Ciutadans de Catalunya* (C) um den 26-jährigen Rechtsanwalt Albert Rivera, der eine antinationalistische Kampagne gestartet hatte. Die Partei erlangte 3 Sitze im Regionalparlament. Der Erfolg dieser Partei verdeutlicht, dass katalanischer Nationalismus nicht nur Freunde in Katalonien hat, sondern auch Gegner. An der Speerspitze der Gegner befindet sich zwar die Volkspartei, die eine Stammwählerschaft um 10 Prozent besitzt, aber sie gilt überwiegend als „negative“ Partei, die nur die Interessen Madrids und weniger die Kataloniens verfolgt. Die Ciutadans-Partei hingegen trat eher als „positive“ Partei auf, die den radikalen Nationalismus ablehnt und sich stattdessen für ein starkes Katalonien in Spanien einsetzt.

Die Liberalconservativen haben sowohl an Stimmen als auch an Sitzen (+2) zugelegt, während die Sozialisten (-5) und die ERC (-2) Sitze verlieren. Das Linksbündnis ICV kann als einzige Partei des aktuell regierenden Dreierbündnisses an Sitzen zulegen (+3). Die PP ist fortan mit einem Sitz weniger vertreten und erreicht rechnerisch keine Mehrheit mit der CiU. Dennoch ist das Ergebnis für die PP ein Achtungserfolg. Denn nach der Debatte um die Reform des katalanischen Autonomiestatuts war die Volkspartei, die die Reform als einzige Partei kategorisch angelehnt hatte, zur „Partei *non grata*“ in Katalonien erklärt worden. Der „Erfolg“ der PP ist wohl ihrem regionalen Vorsitzenden, Josep Piqué, zu verdanken, der die nationale Parteilinie nicht in der Art und Weise mitgetragen hatte, wie sie in Madrid formuliert worden war. Respekt hatte sich Piqué in Katalonien vor allem durch seine offene Kritik an den Fraktionssprecher der PP im nationalen Parlament, Eduardo Zaplana, und an den PP-Generalsekretär Angel Acebes erworben. Beide Politiker hatten aus der Sicht Piqués zu einer selbst verursachten Isolierung der Partei sowie zu einer unnötigen Polarisierung der Gesellschaft beigetragen.

Die Tripartido verliert insgesamt 4 Sitze, kann aber weiterhin die Regierungsmehrheit in Katalonien stellen, da sie 70 Sitze auf sich vereinigt. Die in Umfragen am meisten bevorzugte Konstellation der so genannten „Sociovergencia“, also einem Pakt zwischen Sozialisten und CiU, käme auf eine komfortable Mehrheit von 85 Sitzen. Für die Linksnationalisten um ihren Spitzenkandidaten Lluís Carod-Rovira ist ein abermaliges Abkommen mit PSC und ICV insofern attraktiv, als ein möglicher Regionalprä-

sident Montilla durch die beträchtlichen Stimmeneinbrüche von 31,1% bei der Wahl 2003 auf jetzige 26,81% eine schwächere Ausgangsposition hat als der amtierende PSC-Regionalpräsident Pasqual Maragall.

Das Wahlergebnis zeigt, dass die katalanische Wählerschaft gespalten ist. Weder einer großen Koalition, noch einer Neuauflage des Linksbündnisses „Tripartido“ wurde eine eindeutige Mehrheit durch das Wahlvolk – in die eine oder in die andere Richtung – beschert.

Hintergründe für den Wahlausgang

Kaum einer hatte damit gerechnet, dass Montilla Regierungschef in Katalonien werden würde. Denn zum einen hatten die Meinungsumfragen einen deutlichen Vorsprung für die oppositionelle CiU prognostiziert; zum anderen hatte Ministerpräsident Zapatero – so schien es – die Koalitionsbildung zur Chefsache erklärt. Dieser hatte von vornherein eine Koalition zwischen CiU und PSC favorisiert, denn die linksnationalistische Esquerra Republicana de Catalunya (ERC) hatte nach der Einigung zwischen Zapatero und der CiU über die Reform des katalanischen Autonomiestatuts den Bruch der Dreiparteienkoalition im Frühsommer provoziert. Die ERC hatte sich zu einem „unsicheren Kantonisten“ und damit zu einem Risiko für Zapateros Minderheitsregierung in Madrid entwickelt. Ständig stellte die selbstbewusste Regionalpartei in Katalonien und Madrid neue und übertriebene Forderungen, auf die sich Zapatero nicht einlassen wollte. Die Reform über die Autonomiestatuten, die selbst innerhalb der Sozialistischen Partei (PSOE) heftig umstritten war, drohte für Zapatero zum politischen Desaster zu werden. Daher hatte sich der Regierungschef kurz entschlossen und hinter dem Rücken des amtierenden Regionalpräsidenten Pasqual Maragall (PSC) umorientiert und die CiU, die mit zehn Abgeordneten im nationalen Parlament in Madrid vertreten ist, zum neuen Bündnispartner auserkoren. Der dadurch bloßgestellte Maragall warf daraufhin das Handtuch und rief kurzerhand Neuwahlen aus. Die CiU witterte in Erwartung eines sicheren Wahlsiegs Morgenluft und sicherte der Minderheitsregierung Zapateros im Madrider Parlament ihre Unterstützung zu.

Entsprechend selbstbewusst und siegessicher stieg die CiU dann in die heiße Phase des Wahlkampfes Mitte Oktober ein. Alle Meinungsumfragen deuteten auf einen klaren Sieg der CiU hin. Allerdings ohne Koalitionspartner würde die CiU nicht regieren können; doch verließ sich die CiU ganz auf die starke Hand Zapateros, der die Koalition aus CiU und PSC schon richten würde. Die Aussicht auf eine „Große Koalition“ zwischen CiU und PSC war Anlass für die CiU, einen aggressiven Wahlkampf gegen die „Tripartito“-Koalition zu starten. Heftige Angriffe richteten sich gegen Politik und Mitglieder der „Tripartito“-Regierung. Auch der scheidende Regionalpräsident Maragall wurde zum Ziel der CiU-Kampagne. So hatte die CiU gleich am ersten Tag des Wahlkampfes eine DVD über alle Tageszeitungen in Katalonien verbreitet, in dem die „Verfehlungen“ der Dreierkoalition angeprangert wurden. Zudem machte der Chef der Liberalconservativen – in sicherer Erwartung der „Großen Koalition“ – eine klare Aussage gegen einen Pakt mit der Volkspartei (PP), die er in einem „Pakt mit den Katalanen“ notariell versicherte. Politische Themen hingegen spielten kaum eine Rolle. Der negative Wahlkampf hatte dann auch entsprechende Konsequenzen. Nicht nur strafe das Wahlvolk die „Hetzkampagne“ der CiU durch Wahlenthaltung ab, sondern die Sozialisten fühlten sich von ihrem möglichen Koalitionspartner betrogen. Die CiU hat zwar nach der Wahl die Negativkampagne als schweren Fehler eingesehen, aber da war es schon zu spät. Montilla hatte bereits seine Meinung vor der Wahl ge-

bildet und eine Koalition mit der CiU noch im Wahlkampf abgelehnt, auch wenn er dies bis nach der Wahl für sich behielt. Hinzu kommt, dass José Montilla für die Spitzenkandidatur zur katalanischen Regionalpräsidentschaft sein Amt als Industrieminister im Kabinett Zapatero aufgeben hatte. Offenbar war er nicht gewillt, sich mit dem Amt des Vizeregionalpräsidenten zufrieden zu geben und Juniorpartner von Artur Mas zu werden.

Neuaufgabe des „Tripartido“

Bereits fünf Tage nach dem Wahlgang standen die Zeichen auf einer Neuaufgabe des „Tripartido“. Die Köpfe der Dreierkoalition trafen sich, um über den neuen Regierungspakt für Katalonien zu sprechen, der nach den Worten des neuen Vizeregionalpräsidenten Josep Lluís Carod-Rovira eine „gelassene, konstruktive und stabile Politik“ betreiben werde. Eine Woche nach der Wahl stellten die drei Koalitionäre die Eckpfeiler der neuen (und alten) katalanischen Regierung vor. Der designierte Regionalpräsident Montilla legte dabei großen Wert darauf, an die Adresse der PSOE zu richten, dass sich seine Regierung „weder Bevormundungen durch eine Partei noch externen Einmischungen unterwerfen werde“. Der neue „Tripartido“ veröffentlichte seine programmatischen Intentionen, in denen er sich verpflichtete „eine lange Etappe der Stabilität, des sozialen Zusammenhalts, des ökonomischen Fortschritts, der Entwicklung und der nationalen Ambitionen einzuläuten“, mit dem Ziel, „im vollen Ausdruck der katalanischen Nation fortzuschreiten“.

Die Geschwindigkeit, mit der Montilla seine Koalitionsabsichten bekannt gegeben hatte, traf die sozialistische Parteiführung auf nationaler Ebene völlig unerwartet und offensichtlich unvorbereitet. Die PSOE in Madrid hatte von vornherein einen Pakt mit der CiU favorisiert, der so gestaltet sein sollte, dass die Sozialisten diesen punktuell unterstützen. Die überraschende Ankündigung Montillas, die bereits tot geglaubte Dreierkoalition wieder aufleben zu lassen, führte zu einem offenen Interessengegensatz zwischen PSOE und PSC. Öffentlich ließ Zapatero, der zu dem Zeitpunkt in Lateinamerika weilte, bekannt geben, dass er sich nicht an der Debatte um mögliche Bündnisse und Koalitionen in Katalonien beteiligen werde. Der PSOE-Parteivorstand in Madrid ließ dann über seinen PSOE-Sekretär für Autonomiepolitik, Alfonso Perales, verlautbaren, dass die Parteiführung ihren „Respekt“ gegenüber der PSC-Entscheidung zolle. Man sei zudem nicht in der Position Montilla zu sagen, wer in seiner Regierung zu sein habe, so der PSOE-Funktionär. Montilla stehe zwar in Kontakt mit der Bundespartei, so auch mit Ministerpräsident Zapatero, jedoch sei man zum jetzigen Zeitpunkt nicht „detailliert“ über den Verhandlungsstand der Koalitionsbildung in Katalonien informiert. Weiter ließ man von PSOE-Seite wiederum durchblicken, dass die Parteiführung in Madrid lieber einen Pakt mit der CiU oder einer „Tripartido“ in anderer Konstellation - sprich ohne die ERC und Carod-Rovira - in Katalonien gesehen hätte. Der Ausschlag des CiU-Angebots durch Montilla wird in Moncloa als „schwieriges Szenario“ gewertet. In Bezug auf den Umgang mit den Liberalkonservativen hat Perales angekündigt, dass „wir nicht mit Bemühungen aufhören werden, um Vereinbarungen mit der CiU zu suchen“. Aber zu diesem Zeitpunkt hatte sich das Zeitfenster bereits geschlossen, das ein Bündnis mit der CiU ermöglicht hätte.

Bewertung

In der Bewertung werden insbesondere zwei Aspekte des Wahlausgangs in Katalonien untersucht. Zum einen die Konsequenzen auf regionaler Ebene, insbesondere für die CiU, die nun unverhofft auf die Oppositionsbank zurückkehrt, und zum zweiten die Konsequenzen auf nationaler Ebene für die Regierung von Ministerpräsident Zapatero.

Nach einem euphorischen Wahlabend hat Artur Mas als Kandidat der stärksten politischen Kraft in Katalonien unmittelbar an den beiden Tagen nach der Wahl Sondierungsgespräche mit den beiden möglichen Koalitionspartnern PSC und ERC geführt. Die Lage entpuppte sich aber aus Sicht der CiU zum wiederholten Male zum Desaster nach dem gleichen Schema der Wahlen von 2003, als das liberalkonservative Bündnis ebenfalls als Wahlsieger aus dem Rennen ging. Damit ist der Traum zur Rückkehr in die Regierungsverantwortung nach drei Jahren auf der Oppositionsbank geplatzt. Dabei war sich die CiU ihrer Sache von Anfang an sicher. Nun hat sie mit zwei Problemen zu kämpfen. Zum einen muss sie sich gegenüber den Sozialisten in Katalonien und Madrid neu orientieren. CiU-Generalsekretär Josep Antoni Duran i Lleida, der gleichzeitig Vorsitzender der katalanischen Christdemokraten (UDC) ist, schlug unmittelbar nach der Ankündigung Montillas zur Neubildung der Dreiparteienkoalition einen härteren Ton an, indem er Ministerpräsident Zapatero die Unterstützung der CiU im spanischen Parlament aufkündigte. Das zweite Problem ist parteiinterner Natur. Die UDC, die dem negativen Wahlkampf seines Bündnispartners der Convergència nur widerwillig folgte, muss die Konsequenzen für das Parteienbündnis sondieren. Es ist nicht auszuschließen, dass die UDC das Parteienbündnis verlässt, um künftig als eigenständige Partei die Wahlen zu bestreiten. Zu sehr ist die UDC bei den vergangenen Wahlen durch die Convergència in die Tiefe gezogen worden. Die Kritik innerhalb der UDC am Bündnispartner ist gestiegen und zwingt die Parteiführung unter Josep Duran i Lleida zum Handeln. Nicht nur wird dem CiU-Vorsitzenden Artur Mas ein schlechter Wahlkampf bescheinigt, sondern er hat zudem das Verhältnis zum potentiellen Koalitionspartner PP zerrüttet, indem er ein Wahlversprechen abgegeben hatte, niemals eine Koalition mit der PP einzugehen. Damit hat Mas aus Sicht der UDC einen schweren und unüberwindbaren Fehler begangen, der die CiU auf Dauer in die politische Isolation treibt. Andererseits könnte eine Aufkündigung des Bündnisses dazu führen, dass die UDC auf nationaler Ebene künftig den Einzug in das spanische Parlament verfehlt. Es ist eine schwierige Zeit für den UDC-Parteivorsitzenden, der selbst Abgeordneter im spanischen Parlament ist und dort den Vorsitz im Auswärtigen Ausschuss innehat. Duran i Lleida hatte sich schon als Außenminister im Kabinett von Ministerpräsident Zapatero gesehen. Dieser Traum dürfte jedenfalls nun endgültig beendet sein.

Auch auf nationaler Ebene kann Ministerpräsident Zapatero seiner Wunschvorstellung von einer gesicherten Mehrheit im spanischen Parlament begraben. Die ERC, die aus der Sicht des Regierungschefs unzuverlässig ist, kehrt erneut in die Regierungsverantwortung in Katalonien zurück. Damit ist er auch im spanischen Parlament, in dem die Esquerra über sieben Parlamentarier verfügt, auf diese „unsicheren Kantonisten“ angewiesen. Damit ist genau der Fall eingetreten, den die PSOE in Madrid eigentlich vermeiden wollte. Die Regierung Zapatero sieht damit unsicheren Zeiten entgegen, die sie angesichts der aktuellen Probleme und Aufgaben in Spanien wenig zufrieden stimmen dürfte. Die CiU wird dem Regierungschef nun jegliche Unterstützung im Madrider Parlament verweigern. Möglich ist auch, dass die CiU

versucht, andere Regionalparteien davon zu überzeugen, ihre parlamentarische Unterstützung zurückzunehmen. An erster Stelle stehen da die baskischen Nationalisten (PNV), mit denen die CiU ein freundschaftliches Verhältnis unterhält. Würde die PNV dem Regierungschef in Madrid die parlamentarische Unterstützung verweigern, wäre dies sicherlich für den weiteren Verlauf des sog. „Friedensprozesses“ zur Beendigung des ETA-Terrors im Baskenland schädlich. Für Zapatero käme dies einer politischen Katastrophe gleich, denn für ihn ist der baskische „Friedensprozess“ ein zentrales Projekt seiner Regierung. Das endgültige Scheitern des Prozesses im Baskenland würde auch die Chancen auf eine Wiederwahl im März 2008 verringern. Insgesamt bleiben die Regionalparteien die Hauptstützen seiner Regierung. Eine völlige Entfremdung zwischen der Regierung und den Regionalparteien würde dann möglicherweise das vorzeitige Ende der Regierung Zapatero bedeuten.

Ebenso erscheint das Verhältnis zwischen Sozialisten auf Zentralebene und ihren katalanischen Parteifreunden nicht zuletzt durch die unerwarteten Handlungen Montillas mehr als frostig. Hinzu kommt, dass Zapatero an Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung verloren hat, denn allgemein hat jeder in Spanien mit der von Zapatero favorisierten „Großen Koalition“ zwischen CiU und PSC gerechnet. Bis zur Neuauflage des „Tripartido“ war in Spanien der Eindruck entstanden, Zapatero sei in der sozialistischen Partei unanfechtbar geworden. Er hatte in den letzten Jahren seine wichtigsten Widersacher fast wortlos aus dem Feld geräumt. Parteiinterne Kritik wurde stets bestraft. Nun widersetzte sich ausgerechnet José Montilla, sein Wunschkandidat in Katalonien. Darüber hinaus verbat sich der designierte Regionalpräsident Kataloniens jegliche Einmischung in die Regierungsbildung in Katalonien seitens der Madrider Parteiführung. Da helfen auch nicht die Äußerungen Zapateros, er halte sich aus der Regierungsbildung in Katalonien heraus, denn es wäre das erste Mal, dass er sich aus der Personalpolitik der Regionen heraushielte. Feststeht, dass Zapateros Image als „knallharter“ Machtpolitiker erstmals Schaden genommen hat.

Michael Däumer / Stefanie Landin

ANHANG



Wahlergebnisse in Katalonien vom 1. November 2006				
Partei	2006		2003	
	in Prozent	Sitze	in Prozent	Sitze
CiU	31,52	48	30,93	46
PSC	26,81	37	31,17	42
ERC	14,06	21	16,47	23
PP	10,64	14	11,87	15
ICV	9,56	12	7,3	9
C's	3,04	3	0	0

Wahlbeteiligung: 56,77%.

Anmerkung:

Das katalanische Regionalparlament zählt 135 Sitze, damit liegt die absolute Mehrheit bei 68 Mandaten.